



Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Oldenburg

Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Gemeinde Dötlingen

Schlussbericht vom Rechtsgrundlagen Prüfer/in:	05.06.2023 §§ 155, 156 NKomVG Frau Gramberg Frau Gardewin Frau Remmers Frau Schneider (Technische Prüferin)
Prüfungszeit	09.01.2023 bis 26.05.2023 (mit Unterbrechungen)

Inhaltsverzeichnis

1 Allgemeine Vorbemerkungen	6
1.1 Prüfungsauftrag	6
1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen.....	7
1.3 Prüfung und Entlastungserteilung für das vorangegangene Haushaltsjahr	7
2 Grundsätzliche Feststellungen.....	8
2.1 Organisation des Rechnungswesens.....	8
2.1.1 Anordnungswesen	8
2.1.2 Buchführung	8
2.1.3 Vergaben	9
2.1.4 Richtlinien, Dienstanweisungen	9
2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs	9
3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft	10
3.1 Haushaltssatzung	10
3.2 Haushaltsplan.....	10
3.2.1 Teilhaushalte	11
3.2.2 Budgets und Deckungsvermerke	11
4 Ausführung des Haushaltsplans.....	12
4.1 Planvergleich	12
4.1.1 Ergebnishaushalt	12
4.1.2 Finanzhaushalt	12
4.1.3 Teilhaushalte	13
4.2 Vorläufige Haushaltsführung.....	13
4.3 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	14
4.4 Liquiditätskredite.....	15
5 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014	15
5.1 Ergebnisrechnung	15
5.1.1 Ordentliche Erträge.....	16
5.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben	17
5.1.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17
5.1.1.3 Auflösungserträge aus Sonderposten	17
5.1.1.4 Öffentlich-rechtliche Entgelte	17
5.1.1.5 Privatrechtliche Entgelte.....	17
5.1.1.6 Zinsen und ähnliche Finanzerträge	17
5.1.1.7 Aktivierte Eigenleistung.....	17
5.1.1.8 Kostenerstattungen und Kostenumlagen.....	17
5.1.1.9 Sonstige ordentliche Erträge	17
5.1.2 Ordentliche Aufwendungen.....	18
5.1.2.1 Personalaufwendungen.....	18
5.1.2.2 Aufwendungen für Versorgung.....	18
5.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.....	18
5.1.2.4 Abschreibungen	19
5.1.2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19
5.1.2.6 Transferaufwendungen	19

5.1.2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen	19
5.1.3 Ordentliches Ergebnis.....	19
5.1.4 Außerordentliche Erträge	19
5.1.5 Außerordentliche Aufwendungen	19
5.1.6 Außerordentliches Ergebnis.....	19
5.1.7 Jahresergebnis	20
5.2 Teilergebnisrechnungen	20
5.3 Finanzrechnung.....	20
5.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23
5.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	23
5.3.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	24
5.3.4 Einzahlungen für Investitionstätigkeit	24
5.3.5 Auszahlungen für Investitionstätigkeit	25
5.3.6 Saldo aus Investitionstätigkeit.....	25
5.3.7 Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen.....	25
5.3.8 Bestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	26
5.4 Teilfinanzrechnung	26
5.5 Bilanz	26
5.5.1 Aktiva.....	26
5.5.1.1 Immaterielles Vermögen	27
5.5.1.2 Sachvermögen.....	27
5.5.1.3 Finanzvermögen	28
5.5.1.4 Liquide Mittel.....	28
5.5.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzung.....	28
5.5.2 Passiva	29
5.5.2.1 Basis-Reinvermögen, Rücklagen, Jahresergebnis	29
5.5.2.2 Sonderposten.....	30
5.5.2.3 Schulden.....	30
5.5.2.4 Rückstellungen	31
5.5.2.5 Passive Rechnungsabgrenzung.....	31
5.5.3 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre.....	31
5.6 Anhang.....	31
5.6.1 Rechenschaftsbericht	31
5.6.2 Anlagenübersicht	32
5.6.3 Schuldenübersicht	32
5.6.4 Forderungsübersicht.....	33
5.6.5 Übertrag von Haushaltsermächtigungen	33
5.6.5.1 Ergebnishaushalt	34
5.6.5.2 Finanzhaushalt.....	34
6 Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	34
6.1 Jahresergebnis	34
6.2 Zusammenfassung	34
6.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts	36

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Ergebnishaushalt	12
Tabelle 2: Finanzhaushalt	13
Tabelle 3: Teilhaushalte	13
Tabelle 4: Ergebnisrechnung.....	16
Tabelle 5: Steuerungsprodukte.....	20
Tabelle 6: Finanzrechnung	22
Tabelle 7: Aktiva.....	26
Tabelle 8: Passiva	29
Tabelle 9: Rückstellungen	31
Tabelle 10: Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre.....	31
Tabelle 11: Anlagenübersicht	32
Tabelle 12: Schuldenübersicht	32
Tabelle 13: Forderungsübersicht	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ordentliche Erträge 2014.....	16
Abbildung 2: Ordentliche Aufwendungen 2014.....	18
Abbildung 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014	23
Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014	24
Abbildung 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014	24
Abbildung 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014	25
Abbildung 7: Aktiva 2014.....	27
Abbildung 8: Passiva 2014	29

Abkürzungsverzeichnis

GemHKVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Gemeinden auf Grundlage der kommunalen Doppik (Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung)
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
KDO	Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg
MI	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen

Die vorgenannten Rechtsgrundlagen werden in den für das Jahresabschlussjahr geltenden Fassungen angewandt.

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +/- einer Einheit (T€, % usw.) auftreten.

Sofern in den Tabellen keine anderen Werte angegeben sind, handelt es sich um Beträge in Euro.

1 Allgemeine Vorbemerkungen

1.1 Prüfungsauftrag

Der gesetzliche Prüfungsauftrag des Jahresabschlusses der Gemeinde Dötlingen für das Haushaltsjahr ergibt sich aus §§ 156 i. V. m. 155 und 153 NKomVG.

Entsprechend den genannten gesetzlichen Vorgaben sind folgende Bereiche zu prüfen:

- Einhaltung des Haushaltsplans

Hierbei ist festzustellen, ob

- Ertrags- und Aufwandsansätze und Ein- und Auszahlungsansätze des Ergebnis- und des Finanzhaushaltes eingehalten wurden;
- über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen entstanden sind und hierbei das in § 117 NKomVG vorgeschriebene Verfahren beachtet wurde;
- die Haushaltsmittel zweckentsprechend verwendet wurden;
- Haushaltsvermerke (Zweckbindung von Erträgen und Einzahlungen, Deckungsfähigkeit, Sperrvermerke) bestanden und beachtet wurden;
- der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit berücksichtigt wurde.

- Einhaltung der Rechtsvorschriften

Die Prüfung hat sich auf die Einhaltung der formellen Haushalts-, Kassen- und sonstigen Finanzvorschriften, die übrigen Vorschriften des materiellen Rechts und die Einhaltung von Verwaltungsvorschriften zu erstrecken.

- Verwaltung und Nachweis des Vermögens und der Schulden

Im Rahmen dieser Prüfung ist festzustellen, ob bei der Verwaltung des Vermögens und der Schulden die hierfür geltenden Vorschriften beachtet worden sind.

Gem. § 155 Abs. 3 NKomVG kann das RPA die Prüfung nach seinem pflichtgemäßen Ermessen beschränken und auf die Vorlage einzelner Prüfungsunterlagen verzichten. Hiervon hat das RPA Gebrauch gemacht.

Soweit nicht vollumfänglich geprüft worden ist, haben grundlegende Stichproben stattgefunden.

Der Prüfung des Jahresabschlusses ging eine Prüfung von Belegen voraus.

Bei dieser Prüfung ist u. a. festzustellen, ob die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind.

Soweit Mängel festgestellt wurden, sind sie besprochen oder in Form von Prüfungsbemerkungen schriftlich der Gemeindeverwaltung zur Stellungnahme zugeleitet worden.

Die Prüfung von Vergaben nach der HOAI, VOB und der VOL erfolgte vor der Auftragsvergabe in allen Fällen, in denen die Gemeinde das RPA beteiligt hat.

Im Zeitraum vom 01.04. bis 02.04.2014 erfolgte eine unvermutete Kassenprüfung. Auf den hierüber erstellten gesonderten Bericht wird verwiesen.

1.2 Prüfungsumfang und Prüfungsunterlagen

Die Prüfung des Jahresabschlusses wurde von den Rechnungsprüferinnen Gardewin und Schneider sowie Frau Remmers in der Zeit vom 09.01.2023 bis 26.05.2023 (mit Unterbrechungen) vorgenommen.

Die Prüfung wurde nach § 156 Abs. 1 NKomVG durchgeführt und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vom 29.07.2022, vorgelegt am 01.08.2022, i. d. F. v. 30.05.2023.

Im Einzelnen sind für das Jahr 2014 vorgelegt worden:

- Haushaltssatzung und Haushaltsplan mit Anlagen
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Bilanz per 31.12.2014 vom 29.07.2022 i. d. F. v. 30.05.2023
- Anhang

Dem Anhang waren folgende Anlagen beigelegt:

- Rechenschaftsbericht
- Anlagenübersicht
- Schuldenübersicht
- Forderungsübersicht
- Rückstellungsübersicht
- Übersicht der in das nächste Haushaltsjahr zu übertragenden Haushaltsermächtigungen

Die weiteren zur Prüfung angeforderten Unterlagen wurden dem Rechnungsprüfungsamt zur Verfügung gestellt. Notwendige Auskünfte wurden von der Verwaltung erteilt.

Gem. § 35 GemHKVO muss die Buchführung so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Finanzvorfälle und über die wirtschaftliche Lage der Gemeinde vermittelt. Weiter müssen sich die Finanzvorfälle in ihrer Entstehung und Abwicklung verfolgen lassen. Die Gemeinde Dötlingen ist diesen Anforderungen nachgekommen. Soweit Klärungsbedarfe bestanden, wurden diese Klärungen von der Gemeinde herbeigeführt.

1.3 Prüfung und Entlastungserteilung für das vorangegangene Haushaltsjahr

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013 wurde durch das RPA in der Zeit vom 14.07.2022 bis 13.09.2022 geprüft. Der Schlussbericht vom 28.09.2022 wurde der Gemeinde mit Schreiben vom 28.09.2022 zugeleitet. Die Prüfungsbemerkungen sind teilweise ausgeräumt. Im Übrigen sind sie unter Einbeziehung des Prüfberichts 2014 weiter zu berücksichtigen, zu bearbeiten und zu beachten.

Der Rat der Gemeinde hat den Jahresabschluss 2013 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG am 15.12.2022 beschlossen und die Entlastung erteilt.

Die Bekanntgabe und Veröffentlichung nach § 129 Abs. 2 NKomVG ist bestimmungsgemäß durch Veröffentlichung im Amtsblatt des Landkreises Oldenburg vom 16.12.2022 erfolgt. In der

Bekanntmachung wurde auf die Auslegung hingewiesen. Der Jahresabschluss lag samt Schlussbericht des RPAs in der Zeit vom 19.12.2022 bis 28.12.2022 öffentlich aus.

2 Grundsätzliche Feststellungen

Die Prüfung hat sich gemäß § 156 Abs. 1 Nr. 3 NKomVG auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wird.

2.1 Organisation des Rechnungswesens

Es wurde geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen kommunalverfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorschriften und den Beschlussfassungen des etatberechtigten Organs geführt worden sind.

Grundlegendes Geschäftsinstrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören.

Entsprechend § 110 Abs. 3 NKomVG ist das Rechnungswesen im Rechnungsstil der doppelten Buchführung zu führen. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sind zu beachten.

2.1.1 Anordnungswesen

Die Kassenvorgänge und Belege wurden entsprechend den §§ 155 Abs. 1 Nr. 3 und 4, 153 NKomVG zur Vorbereitung der Jahresabschlussprüfung 2014 stichprobenweise geprüft.

Diese Prüfung erfolgte für die konsumtiven Belege in der Zeit vom 05.04.2023 bis 26.04.2023 (mit Unterbrechungen).

Die investive Belegprüfung wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung vom 25.01.2023 bis 14.03.2023 (mit Unterbrechungen) vorgenommen.

Bei der Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte dafür, dass die Geschäfte nicht ordnungsgemäß geführt werden. Soweit Korrekturbedarf festgestellt wurde, ist dieser besprochen oder in Form von Prüfungsbemerkungen schriftlich der Gemeindeverwaltung zur Stellungnahme mitgeteilt worden.

2.1.2 Buchführung

Die Buchführung und die Jahresabschlussbuchungen erfolgten unter Anwendung des EDV-Buchführungssystems SAP.

Das von der Gemeinde Dötlingen eingesetzte SAP-Software-Verfahren („doppik&more“) für das Haushalts- und Rechnungswesen, das von der KDO bereitgestellt wird, wurde von der von der Gemeinde Dötlingen mit Verfügung vom 22.09.2014 formal nach § 35 Abs. 5 Nr. 1 GemHKVO freigegeben. Die Gemeinde hat sich weiterhin stetig zu vergewissern (z. B. bei Updates), dass die eingesetzte Programmsoftware ausreichend sicher arbeitet und eine verlässliche Dokumentation vorliegt.

Unter Berücksichtigung dieser ständigen Überwachungsverpflichtung erfolgte die Buchführung ordnungsgemäß unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher sind nach den Regeln der doppischen Buchführung geführt worden.

2.1.3 Vergaben

Für Körperschaften des öffentlichen Rechts gilt das Vergaberecht (§ 26 a GemHKVO).

Bei der Vergabe von Aufträgen dient die Beachtung der Vergabevorschriften dem Ziel, wirtschaftlich zu verfahren (vgl. Haushaltsgrundsatz gem. § 110 Abs. 2 NKomVG).

Die Beachtung dieses Haushaltsgrundsatzes ist auch im Hinblick auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung prüfungsrelevant.

Von der Gemeinde wurden im Haushaltsjahr 2014 diverse Aufträge erteilt, für die die Beachtung von Vergabevorschriften relevant war.

Im Jahr 2014 haben insgesamt für die Gemeinde Dötlingen 18 Auftragsprüfungen nach VOB, VOL und HOAI mit einem Gesamtauftragsvolumen i. H. v. 1.261.322,85 € brutto stattgefunden. Korrekturbedürfnisse wurden bedarfsweise im laufenden Auftragsvergabeverfahren berücksichtigt. Ferner wurde ein Verwendungsnachweis geprüft.

Zwei Auftragsvergaben mit einem Gesamtauftragsvolumen in Höhe von 121.785,21 € wurden dem RPA nicht zur Prüfung vorgelegt. Eine vorschriftsmäßige Vergabe konnte nicht nachgewiesen werden. Weitere für den Prüfbericht relevante Feststellungen ergaben sich nicht.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist festzustellen, dass die Gemeinde Dötlingen im Hinblick auf die Einhaltung des Vergaberechts wirtschaftlich geführt wird.

2.1.4 Richtlinien, Dienstanweisungen

Hinsichtlich der von der Gemeinde Dötlingen nach den §§ 28, 35, 39, 40 und 41 GemHKVO notwendigen zu erlassenden Regelungen wird auf die Ausführungen des RPAs im Kassenprüfungsbericht vom 05.05.2014 verwiesen.

Eine die v. g. Regelungen betreffende Dienstanweisung lag während des geprüften Haushaltsjahres noch nicht vor.

Eine Anordnung des Bürgermeisters über die entsprechende weitere Anwendung der bisherigen Regelungen der alten Dienstanweisungen im Rahmen des NKR datiert vom 21.04.2010.

2.2 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Anhangs

Der Jahresabschluss vom 29.07.2022 i. d. F. v. 30.05.2023 ist unter Beachtung des § 128 NKomVG aufgestellt worden und enthält die verbindlich vorgeschriebenen Anlagen. Dieser wurde dem RPA am 01.08.2022 zur Prüfung vorgelegt. Die Frist zur Aufstellung des Jahresabschlusses gem. § 129 Abs. 1 NKomVG wurde damit nicht eingehalten.

Die Bürgermeisterin hat am 29.07.2022 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG die Vollständigkeit und Richtigkeit des Abschlusses festgestellt.

Die Prüfung ergab, dass die Bilanz, die Ergebnis- und die Finanzrechnung nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung des NKomVG und der GemHKVO aufgestellt und ordnungsgemäß aus den Büchern der Gemeinde entwickelt worden sind.

Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sowie der Stetigkeitsgrundsatz wurden nach dem Ergebnis der stichprobenweisen Prüfung (s. Ziffer 1.1 dieses Berichts) vollumfänglich beachtet.

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben.

3 Grundlagen der Haushaltswirtschaft

3.1 Haushaltssatzung

In seiner Sitzung am 25.03.2014 hat der Rat der Gemeinde die Haushaltssatzung für das Jahr 2014 beschlossen. Die Vorlage beim Landkreis Oldenburg als Kommunalaufsichtsbehörde erfolgte mit Schreiben vom 22.05.2014 am 23.05.2014. Die Vorlagefrist gem. § 114 Abs. 1 NKomVG wurde damit nicht eingehalten.

Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Teile. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die Genehmigungsfreiheit am 05.06.2014 festgestellt.

Die Bekanntmachung erfolgte im Amtsblatt des Landkreises Oldenburg Nr. 24/2014 vom 20.06.2014. Nach anschließender Auslegung des Haushaltsplans vom 23.06.2014 bis 04.07.2014 ist die Haushaltssatzung nach Ablauf der Auslegungsfrist gem. § 114 Abs. 2 S. 3 NKomVG am 02.07.2014 in Kraft getreten. Die Auslegungsfrist von sieben Werktagen wurde somit eingehalten.

Für 2014 wurde keine Nachtragshaushaltssatzung verabschiedet.

3.2 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan war im Ergebnishaushalt gem. § 110 Abs. 4 NKomVG mit einem Jahresergebnis i. H. v. -911.002,00 € unausgeglichen und schließt in den

ordentlichen Erträgen mit 8.862.903,00 € und
ordentlichen Aufwendungen mit 9.773.905,00 € sowie
außerordentlichen Erträgen mit 0,00 € und
außerordentlichen Aufwendungen mit 0,00 € ab.

Er gilt jedoch gem. § 110 Abs. 5 NKomVG als ausgeglichen, da die ordentliche Überschussrücklage zum Planungszeitpunkt einen ausreichenden Bestand zur Verrechnung des geplanten ordentlichen Fehlbetrages ausgewiesen hat.

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den geplanten ordentlichen Erträgen eine Verschlechterung um 76.342,00 € eingetreten. Die geplanten ordentlichen Aufwendungen verringerten sich um 20.105,00 €. Im außerordentlichen Bereich wurde wie im Vorjahr nichts geplant.

Die Haushaltslage der Gemeinde hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 56.237,00 € verschlechtert.

Die Ertragskraft der Gemeinde reichte nach den Plan-Ansätzen nicht aus, um die Aufwendungen zu finanzieren.

Der Finanzhaushalt weist

Einzahlungen von 9.660.145,00 € und
Auszahlungen von 11.565.274,00,00 € aus.

Im Vergleich zum Vorjahr sind Abweichungen festzustellen.

Hier sind insbesondere die Abweichungen im Bereich Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (+0,23 Mio. €) und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (+1,4 Mio. €) zu nennen.

Die gem. § 110 Abs. 4 Satz 3 NKomVG erforderliche Liquiditätssicherung ist trotz des höheren geplanten Auszahlungsvolumens gegeben, da zu Beginn des Haushaltsjahres ein Zahlungsmittelbestand in ausreichender Höhe vorlag.

Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite wurde auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

3.2.1 Teilhaushalte

Der Haushalt der Gemeinde wurde in 4 Teilhaushalte (TH_1 Hauptamt und Kämmerei; TH_3 Ordnungs- und Sozialamt; TH_6 Bauamt; TH_BM Bürgermeister) gegliedert. Jedem Teilhaushalt wurden ein bis 16 Produkte zugeordnet. Durch die gewählte Produktzuordnung sind in den einzelnen Teilhaushalten bis zu 16 verschiedene Produktgruppen und bis zu elf verschiedene Produktbereiche enthalten.

Die den jeweiligen Teilhaushalten zugehörigen Produkte bzw. Leistungen wurden mit ihren Ansätzen für Erträge und Aufwendungen ausgewiesen. Sie wurden durch zusätzliche Informationen wie Verantwortlichkeitszuordnung, Kurzbeschreibung und Auftragsgrundlage ergänzt.

Wesentliche Produkte wurden nicht bestimmt.

Die zu verwendenden Produkte richten sich nach dem von der Landesstatistikbehörde verbindlich festgelegten Produktrahmen. Diesem Erfordernis ist die Gemeinde Dötlingen nicht in Gänze nachgekommen, da sie für zwei Teilhaushalte je ein nicht im Produktrahmen vorgesehenes sogenanntes "Steuerprodukt" eingerichtet hat (s. Ziffer 5.2 dieses Berichts).

3.2.2 Budgets und Deckungsvermerke

Durch Haushaltsvermerk gem. § 4 Abs. 3 GemHKVO hat die Gemeinde Dötlingen jedes einzelne Produkt zu einer Bewirtschaftungseinheit (Budget) erklärt. Sofern ein Produkt aus mehreren Leistungen besteht, wurden diese anstelle des Produktes zu Budgets erklärt. Die Verantwortung obliegt den Verantwortlichen der Teilhaushalte.

Von den gebildeten rechtlichen Budgets, in denen gem. § 19 Abs. 1 GemHKVO die Ansätze für Aufwendungen gegenseitig deckungsfähig sind, hat die Gemeinde Dötlingen alle Erträge sowie die Aufwendungen für Personal und Abschreibungen ausgenommen. Weiter wurde erklärt, dass auch der Aufwandsbereich „Steuern, Versicherungen und Schadensfälle“ von den Budgets ausgenommen ist.

In den EDV-seitig gebildeten technischen Budgets erfolgte kein Ausschluss des Aufwandsbereichs „Steuern, Versicherungen und Schadensfälle“, sodass die rechtlichen Budgets technisch teilweise nicht umgesetzt wurden. Zukünftig sind die rechtlich relevanten Haushaltsvermerke mit den Einstellungen der technischen Budgets abzustimmen.

Gem. § 19 Abs. 3 GemHKVO sind zudem sowohl die Ansätze für Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit als auch die Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit innerhalb einer Investitions- bzw. Investitionsfördermaßnahme gegenseitig deckungsfähig.

Die Ermächtigungen, bis zu welcher Höhe Aufwendungen/Auszahlungen geleistet werden dürfen, ergeben sich für die jeweiligen Budgets aus den ausgewiesenen Ansätzen in der Budgetübersicht „Teil G“ (vgl. Haushaltsplan 2014, Teil G, S. 1 bis 7).

Dabei setzen sich die Ermächtigungen für die Aufwendungen der jeweiligen Budgets im Ergebnishaushalt aus der Summe der ausgewiesenen Ansätze bei den entsprechenden Haushaltspositionen gem. § 2 Abs. 3 GemHKVO zusammen, wobei die Haushaltspositionen aus einem oder mehreren Sachkonten gebildet werden.

Durch einen Deckungsvermerk gem. § 18 Abs. 1 GemHKVO wurde erklärt, dass Mehrerträge aus der Abwicklung von Schadensfällen für Mehraufwendungen für die Abwicklung von Schadensfällen verwendet werden dürfen.

4 Ausführung des Haushaltsplans

4.1 Planvergleich

Der Ausweis der Beträge im Jahresabschluss erfolgt im Gegensatz zum Haushaltsplan mit korrekten Vorzeichen.

4.1.1 Ergebnishaushalt

Ergebnishaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
Ordentliche Erträge	8.862.903,00	9.792.691,49	929.788,49
Ordentliche Aufwendungen	9.773.905,00*	9.707.140,62	-66.764,38
Ordentliches Ergebnis	-911.002,00*	85.550,87	996.552,87
Außerordentliche Erträge	0,00	155.164,02	155.164,02
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	44.105,87	44.105,87
Außerordentliches Ergebnis	0,00	111.058,15	111.058,15
Jahresergebnis	-911.002,00*	196.609,02	1.107.611,02

Tabelle 1: Ergebnishaushalt

* In diesen Zeilen liegt aufgrund von im System hinterlegten Nachkommazahlen bei den Planzahlen eine Rundungsdifferenz vor.

Aus dem Vorjahr standen für Aufwendungen noch übertragene Haushaltsermächtigungen i. H. v. 6.827,07 € zur Verfügung.

Die Spalte 7 „Ermächtigung aus Haushaltsvorjahren 2014“ des verwendeten, neu vom MI ab 2017 vorgegebenen Musters ist nicht vollständig korrekt ausgefüllt.

4.1.2 Finanzhaushalt

Finanzhaushalt			
	Plan	Ausführung	Differenz
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.460.685,00	9.082.857,28	622.172,28
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.440.166,00*	7.910.134,92	-530.031,08
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.519,00*	1.172.722,36	1.152.203,36
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	1.199.460,00	384.196,36	-815.263,64
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	3.125.108,00	995.770,06	-2.129.337,94
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.925.648,00	-611.573,70	1.314.074,30
Finanzmittel-Überschuss/ -Fehlbetrag	-1.905.129,00*	561.148,66	2.466.277,66

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00
Finanzmittelbestand	-1.905.129,00*	561.148,66	2.466.277,66
nachrichtl.: haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)		459.354,60	**
nachrichtl.: haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)		449.344,43	**
nachrichtl.: Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen		10.010,17	**
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln		3.528.265,16	
Endbestand an Zahlungsmitteln	***	4.099.423,99	

Tabelle 2: Finanzhaushalt

* In diesen Zeilen liegt aufgrund von im System hinterlegten Nachkommazahlen bei den Planzahlen eine Rundungsdifferenz vor.

** Im Jahresabschluss sind an dieser Stelle Differenzwerte angegeben, die sich zwangsläufig ergeben. Da haushaltsunwirksame Zahlungsvorgänge gem. § 14 GemHKVO nicht veranschlagt/geplant werden, wurde hier auf eine entsprechende Darstellung als Abweichung zum Plan verzichtet.

*** Im Jahresabschluss ist an dieser Stelle ein Planwert i. H. v. -1.905.129,00 € angegeben. Da dieser jedoch nicht den Endbestand an Zahlungsmitteln, sondern die geplante Veränderung der Zahlungsmittel darstellt, wurde hier auf einen entsprechenden Ausweis verzichtet. Dadurch wird auch auf einen entsprechenden Ausweis der Differenz verzichtet.

Aus dem Vorjahr standen Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 832.367,67 € zur Verfügung. Einzahlungsermächtigungen wurden nicht übertragen.

Die Spalte 7 „Ermächtigung aus Haushaltsvorjahren 2014“ des verwendeten, neu vom MI ab 2017 vorgegebenen Musters ist nicht vollständig korrekt ausgefüllt.

4.1.3 Teilhaushalte

Die Gemeinde Dötlingen hat folgende Teilhaushalte eingerichtet:

Teilhaushalte und Budgets		
Bezeichnung	Ansatz	Abschluss
TH_1 Hauptamt und Kämmerei	3.071.551,00*	3.457.110,01
TH_3 Ordnungs- und Sozialamt	-1.837.099,00*	-1.486.530,62
TH_6 Bauamt	-2.143.693,00*	-1.771.305,63
TH_BM Bürgermeister	-1.761,00	-2.664,74
Gesamt	-911.002,00*	196.609,02

Tabelle 3: Teilhaushalte

* In diesen Zeilen liegt aufgrund von im System hinterlegten Nachkommazahlen bei den Planzahlen eine Rundungsdifferenz vor.

4.2 Vorläufige Haushaltsführung

Die Haushaltssatzung der Gemeinde Dötlingen ist am 02.07.2014 in Kraft getreten. Daher galten bis dahin die Regelungen des § 116 NKomVG über die vorläufige Haushaltsführung.

Der Gesetzgeber hat den Kommunen mit dieser Bestimmung enge Grenzen für den Eingang von Verpflichtungen bzw. die Erhebung von Abgaben gesetzt. Danach dürfen die Kommunen nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind und in diesem Rahmen insbesondere Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, für die im Haushaltsplan des Vorjahres Beträge vorgesehen waren, fortsetzen. Außerdem werden die Abgaben nach den in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Sätzen erhoben und es besteht die Möglichkeit, Kredite umzuschulden.

Nach dem Ergebnis der stichprobenhaften Prüfung erfolgte die vorläufige Haushaltsführung der Gemeinde Dötlingen grundsätzlich gem. den Bestimmungen des § 116 NKomVG.

4.3 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Im Haushaltsjahr 2014 wurden über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. 752.148,16 € (konsumtiv: 545.151,52 € und investiv: 206.996,64 €) beschlossen.

Ursprünglich betragen die über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen 366.719,71 € und die Auszahlungen 228.204,33 €. Aufgrund von Jahresabschlussarbeiten und der korrekten Einhaltung der Budgetvermerke erhöhten sich die über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen um 178.431,81 € und verringerten sich die Auszahlungen um 21.207,69 €, sodass über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 545.151,52 € und Auszahlungen i. H. v. 206.996,64 € vorliegen.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind gem. § 117 Abs. 1 NKomVG nur zulässig, soweit sie zeitlich und sachlich unabweisbar sind. Die Deckung muss im Haushaltsjahr gewährleistet sein. Für überplanmäßige Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen muss diese Deckung gem. § 117 Abs. 2 NKomVG spätestens im Folgejahr gewährleistet sein.

Der Genehmigungsvorbehalt durch den Bürgermeister (bei unerheblicher Bedeutung) bzw. des Rats (bei nicht nur unerheblicher Bedeutung) wurde in drei Fällen nicht beachtet. Es wurden über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 197.395,46 € sowie Auszahlungen i. H. v. 85.732,06 € dem Rat lediglich zur Kenntnis vorgelegt, obwohl dieser entscheidungsbefugt gewesen wäre. Diese sind dem Rat der Gemeinde Dötlingen noch spätestens mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2014 zur zustimmenden Kenntnisnahme vorzulegen.

Im Laufe der Jahresabschlussarbeiten wurde festgestellt, dass Aufwendungen i. H. v. 7.079,05 € sowie Auszahlungen i. H. v. 8.880,44 € nicht berücksichtigt wurden.

Im Rahmen einer stichprobenweisen Prüfung der Einhaltung der Budgets (bzw. auch der technisch gebildeten Budgets (vgl. Ziffer 3.2.2) wurde festgestellt, dass die Buchungen im Aufwandsbereichs „Steuern, Versicherungen und Schadensfälle“ budgetwirksam erfolgten. Eine korrekte Nichtbelastung hätte in den rechtlich gebildeten Budgets teilweise zu einer Überschreitung der zur Verfügung stehenden Ermächtigungen geführt. Folglich sind zusätzliche überplanmäßige Aufwendungen i. H. v. 1.659,24 € entstanden. Diese sind dem Rat der Gemeinde Dötlingen spätestens mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2014 zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Für das Haushaltsjahr 2013 waren im Rahmen der Vorlage des Jahresabschlusses und des Schlussberichts keine über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen mehr vorzulegen.

4.4 Liquiditätskredite

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen betrug nach § 4 der Haushaltssatzung 1.000.000,00 €. Bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung galt der Höchstbetrag aus dem Vorjahr in gleicher Höhe.

Die Überprüfung der Auszüge aller Konten ergab, dass Liquiditätskredite - auch als Überziehungskredite der Girokonten - nicht in Anspruch genommen wurden.

5 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014

5.1 Ergebnisrechnung

In folgender Übersicht ist die Ergebnisrechnung dargestellt:

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr (+) / weniger (-)
Ordentliche Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	6.864.161,99	7.412.239,87	6.591.450,00	820.789,87
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	293.964,92	411.382,03	313.300,00	98.082,03
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	422.163,75	430.262,77	402.218,00	28.044,77
4. Sonstige Transfererträge	2.734,47	0,00	4.000,00	-4.000,00
5. Öffentlich-rechtliche Entgelte	704.933,92	739.294,20	719.100,00	20.194,20
6. Privatrechtliche Entgelte	49.383,26	50.320,19	42.525,00	7.795,19
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	529.448,40	445.469,49	513.510,00	-68.040,51
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	49.733,58	53.303,16	36.200,00	17.103,16
9. Aktivierte Eigenleistungen	0,00	46,50	0,00	46,50
10. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
11. Sonstige ordentliche Erträge	309.805,65	250.373,28	240.600,00	9.773,28
12. Summe ordentliche Erträge	9.226.329,94	9.792.691,49	8.862.903,00	929.788,49
Ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	2.568.452,20	2.955.315,14	2.769.743,00	185.572,14
14. Aufwendungen für Versorgung	123,72	1.215,12	0,00	1.215,12
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.222.041,79	1.190.702,75	1.517.844,00	-327.141,25
16. Abschreibungen	1.317.139,22	1.330.184,70	1.333.739,00	-3.554,30
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.593,00	81.582,00	20.000,00	61.582,00
18. Transferaufwendungen	3.497.379,91	3.482.555,66	3.427.025,00	55.530,66

19. Sonstige ordentliche Aufwendungen	679.716,39	665.585,25	705.554,00	-39.968,75
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	9.304.446,23	9.707.140,62	9.773.905,00	-66.764,38
21. Ordentliches Ergebnis Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	-78.116,29	85.550,87	-911.002,00	996.552,87
22. Außerordentliche Erträge	240.282,87	155.164,02	0,00	155.164,02
23. Außerordentliche Aufwendungen	12.885,80	44.105,87	0,00	44.105,87
24. Außerordentliches Ergebnis	227.397,07	111.058,15	0,00	111.058,15
Jahresergebnis: Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)	149.280,78	196.609,02	-911.002,00	1.107.611,02

Tabelle 4: Ergebnisrechnung

Bei größeren Abweichungen zwischen Ansatz und Ergebnis wird auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht verwiesen und im Wesentlichen von einer Wiederholung im Prüfbericht abgesehen.

Zu den größeren Einzelposten wird im Folgenden berichtet.

5.1.1 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge des Jahres 2014 stellen sich wie folgt dar:

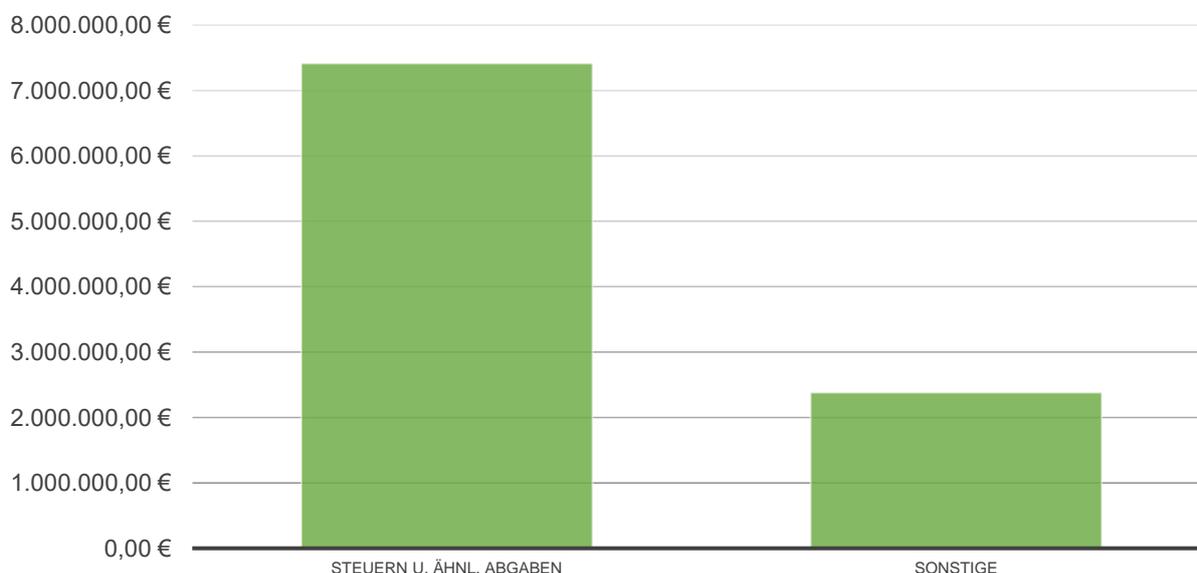


Abbildung 1: Ordentliche Erträge 2014

Die Position "Sonstige" setzt sich aus folgenden Ertragsarten zusammen: Zuwendungen und allgemeine Umlagen, Auflösungserträge aus Sonderposten, Öffentlich-rechtliche Entgelte, Privatrechtliche Entgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, Zinsen und ähnliche Finanzerträge, Aktivierte Eigenleistungen sowie Sonstige ordentliche Erträge.

Die Erträge wurden rechtzeitig und vollständig erfasst.

Die Rückzahlung zu viel eingegangener Erträge und Einzahlungen erfolgte zutreffend bei den entsprechenden Buchungsstellen.

5.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Finanzvorfälle wurden entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen erfasst.

5.1.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die erhaltenen Zuwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit wurden zutreffend als Ertrag gebucht.

5.1.1.3 Auflösungserträge aus Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten wurden zutreffend gebucht.

5.1.1.4 Öffentlich-rechtliche Entgelte

Die erhobenen öffentlich-rechtlichen Entgelte (Gebühren und ähnliche Entgelte) wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.1.1.5 Privatrechtliche Entgelte

Die im Haushaltsjahr entstandenen Erträge aus privatrechtlichen Entgelten wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.1.1.6 Zinsen und ähnliche Finanzerträge

Die Zins- und ähnlichen Finanzerträge sind korrekt ausgewiesen.

5.1.1.7 Aktivierte Eigenleistung

Die Gemeinde hat die eigene Aufgabenerledigung für selbst hergestellte Vermögensgegenstände mit 46,50 € in der Ergebnisrechnung ausgewiesen. Die Werte sind zutreffend dargestellt.

5.1.1.8 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die im Haushaltsjahr ausgewiesenen Kostenerstattungen und Kostenumlagen wurden vollständig und korrekt ermittelt.

5.1.1.9 Sonstige ordentliche Erträge

Die Zuordnung der sonstigen ordentlichen Erträge erfolgte im geprüften Haushaltsjahr zutreffend.

5.1.2 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen des Jahres 2014 stellen sich wie folgt dar:

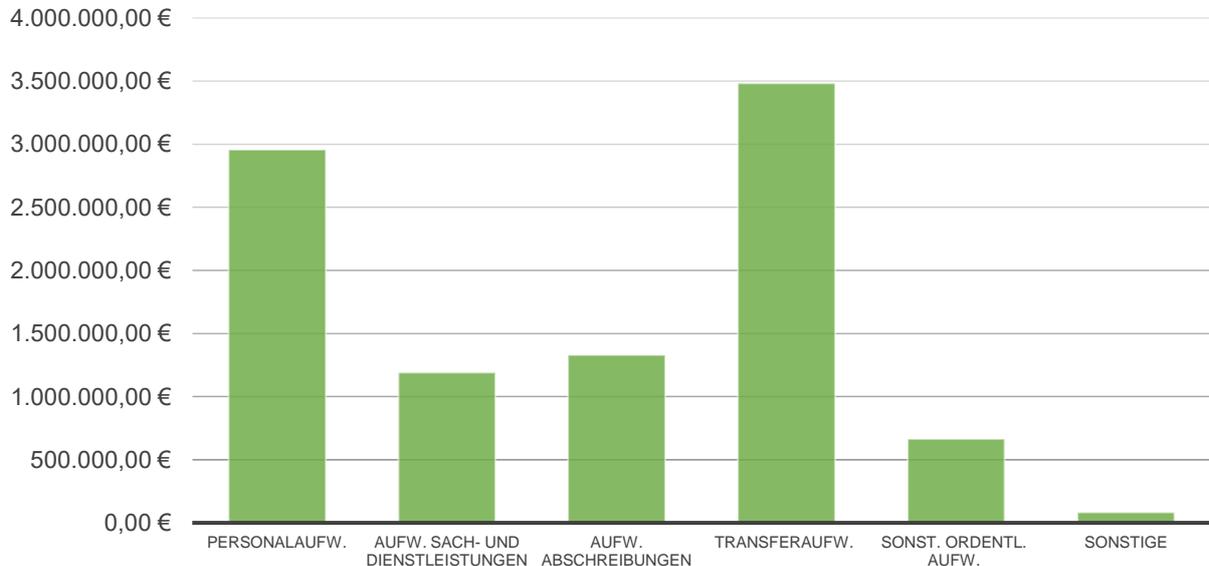


Abbildung 2: Ordentliche Aufwendungen 2014

Die Position "Sonstige" setzt sich aus folgenden Aufwandsarten zusammen: Aufwendungen für Versorgung sowie Zinsen und ähnliche Aufwendungen.

5.1.2.1 Personalaufwendungen

Als Personalaufwendungen sind alle Aufwendungen zu erfassen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen. Grundsätzlich werden die Beträge brutto erfasst.

Die Bezügeberechnung für die Beamten und Beschäftigten der Gemeinde Dötlingen erfolgt durch das EDV-Verfahren LOGA. Die Gemeinde ist für die Berechnung der Bezüge nach den beamtenrechtlichen und tariflichen bzw. den ihnen entsprechenden Regelungen sowie Kindergeldleistungen zuständig. Die Verarbeitung und Auszahlung werden durch die KDO vorbereitet und der Gemeinde zur Verfügung gestellt, die dann die entsprechenden Anordnungen vornimmt. Die Personalaufwendungen waren mit den Angaben der Personalbuchhaltung abstimmbare.

5.1.2.2 Aufwendungen für Versorgung

Die Aufwendungen für Versorgung wurden zutreffend auf den vorgeschriebenen Kontenarten erfasst.

5.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ist im Rahmen der stichprobenhaften Belegprüfung (s. Ziffer 2.1 dieses Berichts) festgestellt worden. Die Zuordnungen der Aufwendungen erfolgten entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen insoweit zutreffend.

5.1.2.4 Abschreibungen

Laut Gesamtergebnisrechnung belaufen sich die Abschreibungen für 2014 auf insgesamt 1.330.184,70 € (im ordentlichen Bereich).

Für das immaterielle Vermögen sind für das Haushaltsjahr 2014 Abschreibungen i. H. v. 83.432,39 € und für das Sachvermögen i. H. v. 1.243.565,66 € verbucht worden. Zudem sind noch die Abschreibungen auf uneinbringliche Forderungen i. H. v. 3.186,65 € (vgl. Ziffer 5.6.4 dieses Berichts) zu berücksichtigen. Insgesamt ergibt sich damit der Abschreibungsgesamtbetrag in o.g. Höhe.

Es ist festzuhalten, dass die Abschreibungssätze grundsätzlich nach § 47 GemHKVO gebildet worden sind und dem Ausführungserlass des MI vom 04.12.2006 (Nds. MBl. Nr. 2/2007, S. 42) entsprechen (Abschreibungstabelle)¹.

5.1.2.5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die in der Bilanz erfassten Geldschulden und auf Grund von kreditähnlichen Geschäften zu zahlende Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (z. B. Gewerbesteuerzinsen) zu erfassen.

Entsprechende Aufwendungen fielen in Höhe von 81.582,00 € an.

5.1.2.6 Transferaufwendungen

Transferaufwendungen sind Leistungen an Dritte ohne Gegenleistungsverpflichtung. Der größte Anteil entfällt dabei auf Umlagen. Im Jahr 2014 betrugen die Transferaufwendungen 3.482.555,66 €.

5.1.2.7 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern und Versicherungen.

Bei der stichprobenhaften Prüfung einzelner Positionen der sonstigen ordentlichen Aufwendungen ergaben sich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten.

5.1.3 Ordentliches Ergebnis

Als Saldo der ordentlichen Erträge sowie der ordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein ordentliches Ergebnis i. H. v. 85.550,87 €.

5.1.4 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge i. H. v. 155.164,02 € ergeben sich insbesondere aufgrund von Erträgen aus Vermögensveräußerungen.

5.1.5 Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen i. H. v. 44.105,87 € bestehen insbesondere aus Aufwendungen für außerplanmäßige Abschreibungen.

5.1.6 Außerordentliches Ergebnis

Als Saldo der außerordentlichen Erträge sowie der außerordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von 111.058,15 €.

¹ Anlage 19 des Ausführungserlasses

5.1.7 Jahresergebnis

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (85.550,87 €) und dem außerordentlichen Ergebnis (111.058,15 €) wird mit 196.609,02 € als Jahresergebnis ausgewiesen.

Damit ist ein Überschuss in dieser Höhe entstanden.

5.2 Teilergebnisrechnungen

Die Teilergebnisrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in die Prüfung einbezogen worden und entsprachen der in § 50 Abs. 2 GemHKVO vorgeschriebenen Staffelform. Die Gliederung erfolgte entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Die durchgeführte Plausibilitätsprüfung ergab, dass die Summe aller Teilergebnisrechnungen (ohne interne Leistungsbeziehungen) mit den Werten der Ergebnisrechnung übereinstimmt.

Eine Veranschlagung und Verrechnung interner Leistungsbeziehungen zwischen den Teilergebnishaushalten gem. § 15 Abs. 3 GemHKVO erfolgte nicht.

Die Gemeinde Dötlingen hat in der Haushaltsplanung und -ausführung in zwei Teilhaushalten entgegen den verbindlichen Vorgaben des Landes (Produktrahmenplan) sogenannte Steuerungsprodukte vorgesehen.

Die dort veranschlagten und verbuchten Aufwendungen betragen im Jahr 2014 bezogen auf die Summe der Aufwendungen jeweils mehr als zwei Prozent und überschritten somit die Unwesentlichkeitsgrenze. Für die beiden Teilhaushalte ergibt sich gemäß unten aufgeführter Tabelle ein prozentualer Anteil von 3,03 % bzw. 3,25 %. Hier hätte eine Umbuchung auf die jeweiligen Produkte erfolgen müssen.

TH	Gesamtaufwand	Steuerungsprodukt (SP)	Gesamtaufwand SP	Anteil Gesamtaufwand
3	2.339.468,68 €	3000	70.955,62 €	3,03 %
6	2.787.797,14 €	5000	90.635,57 €	3,25 %

Tabelle 5: Steuerungsprodukte

5.3 Finanzrechnung

In folgender Übersicht ist die Finanzrechnung dargestellt.

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Ergebnis Haushaltsjahr	Ansätze Haushaltsjahr	Plan-Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	6.778.931,04	7.057.805,63	6.591.450,00	466.355,63
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	310.934,06	417.074,08	313.300,00	103.774,08
3. Sonstige Transfereinzahlungen	2.734,47	-30,00	4.000,00	-4.030,00
4. Öffentlich-rechtliche Entgelte	707.406,58	729.618,17	719.100,00	10.518,17
5. Privatrechtliche Entgelte	41.276,00	56.035,85	42.525,00	13.510,85
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	369.448,05	536.946,39	513.510,00	23.436,39

7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	47.064,28	53.539,55	36.200,00	17.339,55
8. Einzahlung aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00
9. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	248.096,55	231.867,61	240.600,00	-8.732,39
10. Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.505.891,03	9.082.857,28	8.460.685,00	622.172,28
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	2.520.969,50	2.643.075,63	2.769.743,00	-126.667,37
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	1.234.547,93	1.171.291,27	1.517.844,00	-346.552,73
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	19.570,00	81.580,00	20.000,00	61.580,00
15. Transferauszahlungen	3.763.305,40	3.355.156,23	3.427.025,00	-71.868,77
16. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	682.581,39	659.031,79	705.554,00	-46.522,21
17. Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.220.974,22	7.910.134,92	8.440.166,00	-530.031,08
18. Saldo der laufender Verwaltungstätigkeit	284.916,81	1.172.722,36	20.519,00	1.152.203,36
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	62.710,00	80.526,14	988.660,00	-908.133,86
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	25.613,86	36.857,42	90.500,00	-53.642,58
21. Veräußerung von Sachvermögen	531.441,00	161.101,50	103.000,00	58.101,50
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. Sonstige Investitionstätigkeit	17.298,68	105.711,30	17.300,00	88.411,30
24. Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	637.063,54	384.196,36	1.199.460,00	-815.263,64
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	12.710,70	13.000,00	-289,30

26. Baumaßnahmen	690.717,54	386.055,26	2.463.100,00	-2.077.044,74
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	244.678,34	500.427,76	480.208,00	20.219,76
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	451.359,17	3.280,32	3.600,00	-319,68
29. Aktivierbare Zuwendungen	232.493,67	93.296,02	165.200,00	-71.903,98
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
31. Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	1.619.248,72	995.770,06	3.125.108,00	-2.129.337,94
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	-982.185,18	-611.573,70	-1.925.648,00	1.314.074,30
33. Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	-697.268,37	561.148,66	-1.905.129,00	2.466.277,66
Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00
37. Finanzmittelbestand	-697.268,37	561.148,66	-1.905.129,00	2.466.277,66
38. Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	496.942,32	459.354,60		*
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	517.891,40	449.344,43		*
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-20.949,08	10.010,17		*
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	4.246.482,61	3.528.265,16		*
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	3.528.265,16	4.099.423,99	*	*

Tabelle 6: Finanzrechnung

* s. Ausführungen zu Ziffer 4.1.2 dieses Berichts

Bei größeren Abweichungen zwischen Ansatz und Ergebnis wird auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht verwiesen und von einer Wiederholung im Kapitel der Finanzrechnung

abgesehen, da die Abweichungen der Finanzrechnung im Wesentlichen den Abweichungen der Ergebnisrechnung entsprechen.

Zu den größeren Einzelposten wird im Folgenden berichtet.

5.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um ertragsgleiche Einzahlungen. Abweichungen in diesem Bereich ergeben sich zwangsläufig aus zahlungsunwirksamen Erträgen (wie z. B. die Auflösungserträge aus Sonderposten), aus Einzahlungen des außerordentlichen Ergebnisbereichs, aus passiven Periodenabgrenzungen und aus dem Einbezug der Veränderung der offenen Posten.

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014 zeigen folgende Verteilung:

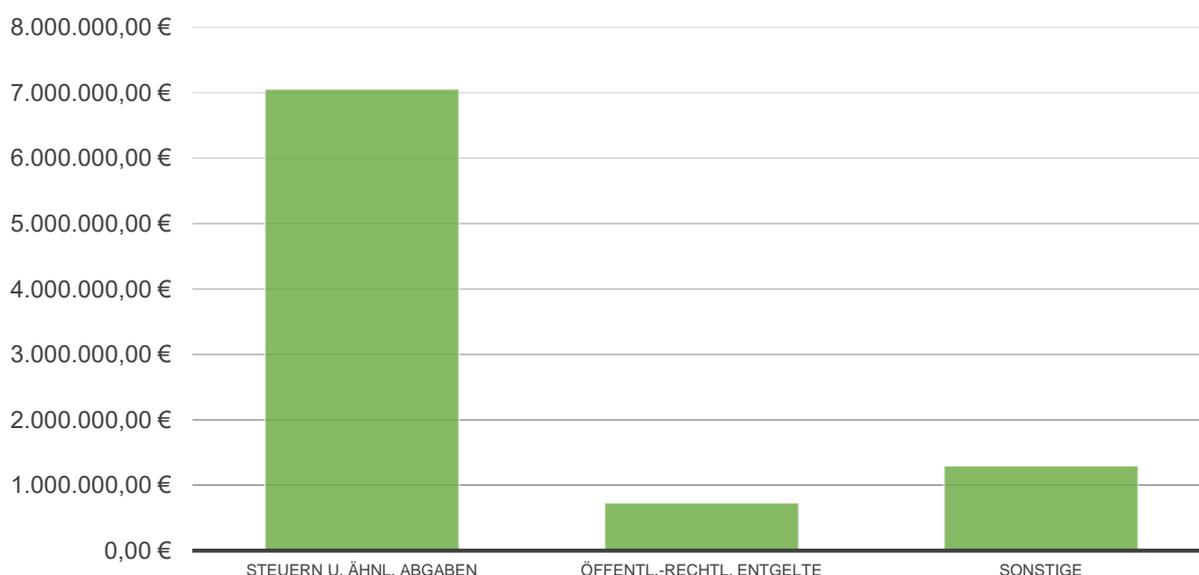


Abbildung 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014

Die Position „Sonstige“ setzt sich aus folgenden Einzahlungsarten zusammen: Zuwendungen und allgemeine Umlagen, sonstige Transfereinzahlungen, privatrechtliche Entgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen, Zinsen und ähnliche Einzahlungen sowie sonstige haushaltswirksame Einzahlungen.

5.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Auszahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um aufwandsgleiche Auszahlungen. Abweichungen in diesem Bereich ergeben sich zwangsläufig aus zahlungsunwirksamen Aufwendungen (wie z. B. Rückstellungsbildungen), aus aktiven Periodenabgrenzungen und aus dem Einbezug der Veränderung der offenen Posten.

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014 zeigen folgende Verteilung:

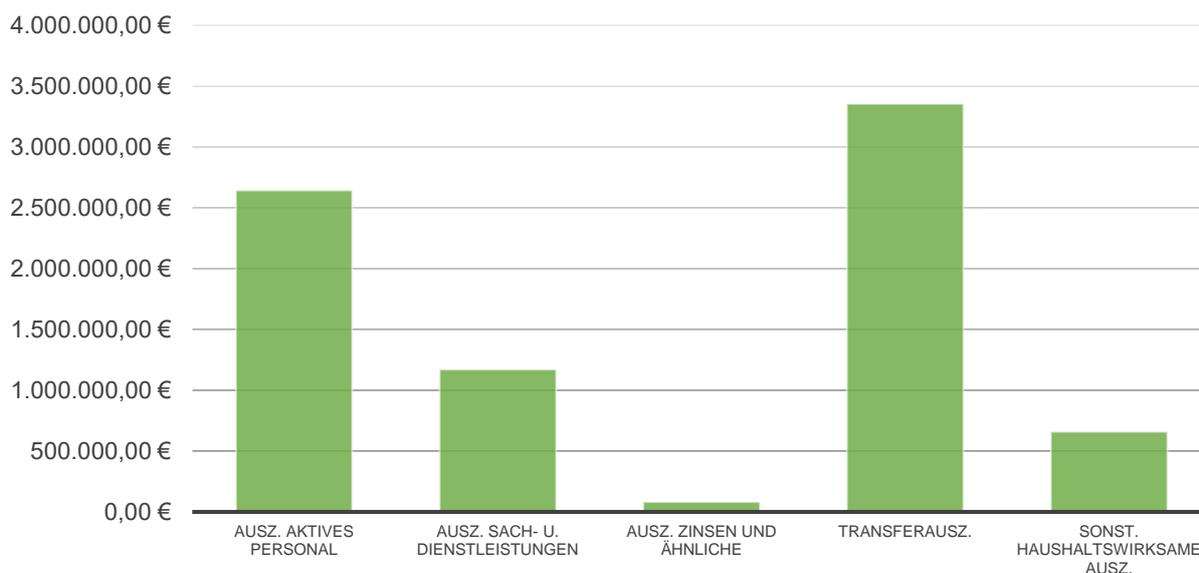


Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2014

5.3.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelsaldo (Cash-Flow) aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres 1.172.722,36 €. Der Saldo wird korrekt ausgewiesen.

Damit stehen in diesem Umfang Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionen, zur Schuldentilgung oder zur Verstärkung der Liquiditätsreserven zur Verfügung.

5.3.4 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Zu den Einzahlungen für Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie Einzahlungen aus sonstiger Investitionstätigkeit.

Die Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014 verteilen sich wie folgt:

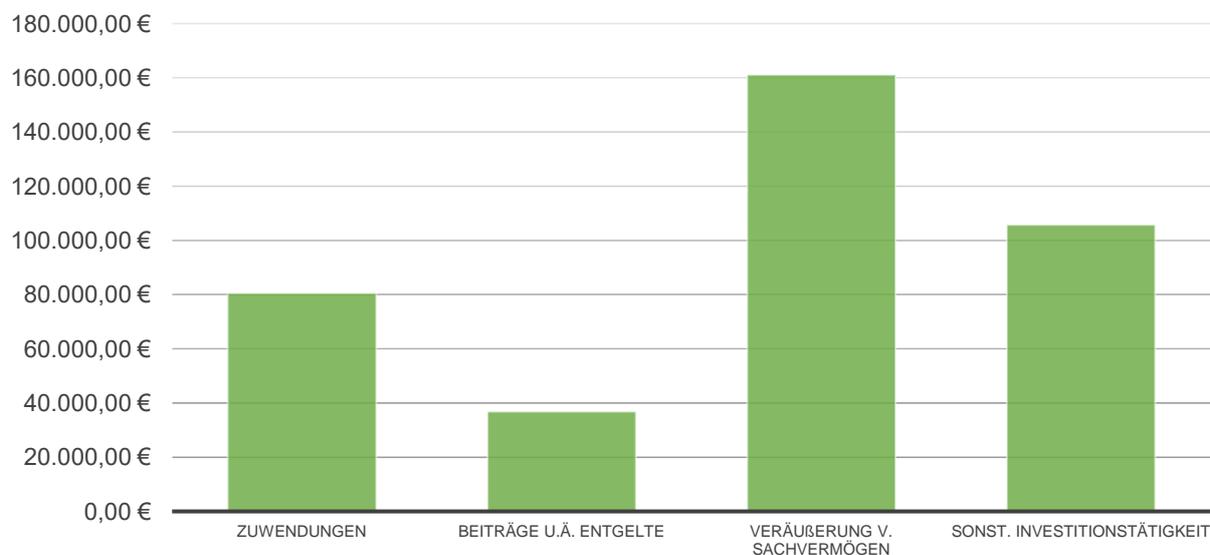


Abbildung 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit 2014

Die ausgewiesenen Investitionseinzahlungen wurden mit den Bewegungen in der Bilanz abgestimmt. Differenzen ergaben sich hierbei zutreffend aus den Buchungen der Beitragszahlungen im Rahmen der Erschließung durch die BLE (ohne Zahlung), Abrechnung von Einzahlungen zum Ökokonto an die zweckgebundene Rücklage und unentgeltlichen Vermögenszugängen.

5.3.5 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Zu den Auszahlungen für Investitionstätigkeit gehören die Auszahlungen für Grundstücks- und Immobilienerwerb, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen, für den Erwerb von Finanzvermögen und für geleistete Investitionszuwendungen.

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014 verteilen sich wie folgt:

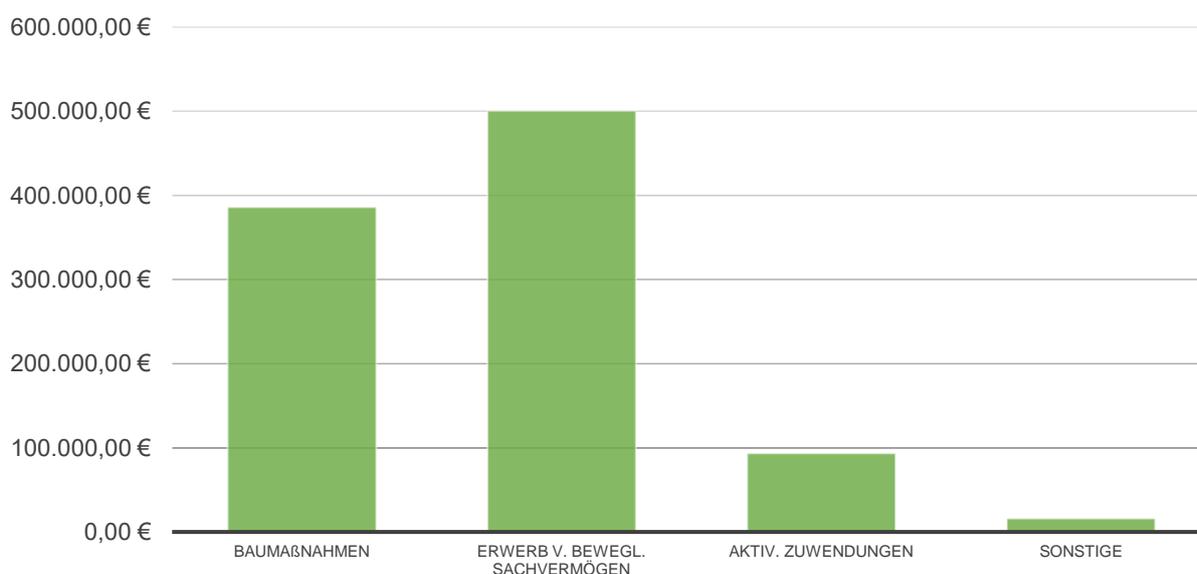


Abbildung 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2014

Die Position „Sonstige“ setzt sich aus folgenden Auszahlungsarten zusammen: Erwerb von Grundstücken und Gebäuden und Erwerb von Finanzvermögensanlagen.

Die ausgewiesenen Investitionsauszahlungen wurden mit den Zugängen in der Bilanz abgestimmt. Hierbei ergaben sich Differenzen, die jedoch durch Verschiebungen zwischen den einzelnen Anlageklassen (und den korrespondierenden Zeilen für die Auszahlungen in der Finanzrechnung), Buchungen im Zusammenhang mit der BLE (ohne Zahlung) sowie die unentgeltlich zugegangenen Vermögensgegenstände geklärt werden konnten.

5.3.6 Saldo aus Investitionstätigkeit

Die Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit führen zum 31.12.2014 zu einem Zahlungsmittelsaldo i. H. v. -611.573,70 €.

Der negative Saldo kann durch den positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ausgeglichen werden.

5.3.7 Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen

Der unter der Position "Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen" ausgewiesene Betrag i. H. v. 10.010,17 € wurde korrekt durch die Gemeinde ermittelt. Hierbei handelt es sich vorwiegend um die Ein- und Auszahlungen für auswärtige Amtshilfeersuchen,

Kindergartenbeiträge sowie die vom Bürger zu zahlenden und an den Landkreis abzuführenden Müllgebühren.

5.3.8 Bestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2014 gibt Aufschluss darüber, ob die Liquidität und die Investitionsfinanzierung gesichert sind (§ 110 Abs. 4 S. 3 NKomVG).

Der Saldo der Finanzrechnung als vollständige Abbildung aller Ein- und Auszahlungen wird buchhalterisch in der Bilanz über die Bilanzposition "Liquide Mittel" abgeschlossen.

Der sich aus der Finanzrechnung ergebende Endbestand an Zahlungsmitteln beläuft sich auf 4.099.423,99 €. Er stimmt mit der Bilanzposition "Liquide Mittel" des Haushaltsjahres überein.

5.4 Teilfinanzrechnung

Die Teilfinanzrechnungen sind als Bestandteil des Jahresabschlusses in diese Prüfung einbezogen worden. Die Teilfinanzrechnungen entsprachen der in § 51 GemHKVO vorgeschriebenen Staffelform, die Gliederung entsprach den gesetzlichen Bestimmungen.

Die durchgeführte Plausibilitätsprüfung ergab, dass die Summe aller Teilfinanzrechnungen mit den Werten der Finanzrechnung übereinstimmt.

5.5 Bilanz

Die Bilanzsumme der Schlussbilanz zum 31.12.2013 belief sich auf 49.815.265,19 €.

Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2014 und unter Einbeziehung des Jahresergebnisses verringerte sich die Bilanzsumme auf 49.754.370,15 €.

Zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres hat die Gemeinde gem. § 37 GemHKVO eine Inventur durchzuführen. Gem. § 37 Abs. 1 S. 2 GemHKVO sind die Vermögensgegenstände in der Regel durch körperliche Bestandsaufnahme aufzunehmen. Hierauf kann gem. § 38 Abs. 1 GemHKVO verzichtet werden, wenn anhand vorhandener Verzeichnisse der Bestand an Vermögensgegenständen und Schulden nach Art, Menge und Wert festgestellt werden kann (Buchinventur). Die Gemeinde Dötlingen hat zum Jahresabschluss 2014 von dieser Inventurvereinfachung Gebrauch gemacht. Bei der Buchinventur muss gesichert sein, dass das Inventar die tatsächlichen Verhältnisse zutreffend darstellt.

In allen Fällen, in denen es im Bereich des Sachvermögens zu Wertveränderungen und damit zu Abweichungen zum Buchwert kommen kann, ist eine körperliche Bestandsaufnahme oder eine permanente Inventur gem. § 38 Abs. 1 S. 2 GemHKVO für die Erstellung kommender Jahresabschlüsse vorzusehen.

5.5.1 Aktiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Aktivseite zusammengefasst.

Aktiva			
	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung
1. Immaterielles Vermögen	1.724.282,92	1.749.835,79	1,48 %
2. Sachvermögen	43.200.530,52	42.764.926,68	-1,01 %
3. Finanzvermögen	1.346.090,10	1.123.158,66	-16,56 %
4. Liquide Mittel	3.528.265,16	4.099.423,99	16,19 %
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	16.096,49	17.025,03	5,77 %
Gesamt	49.815.265,19	49.754.370,15	-0,12 %

Tabelle 7: Aktiva

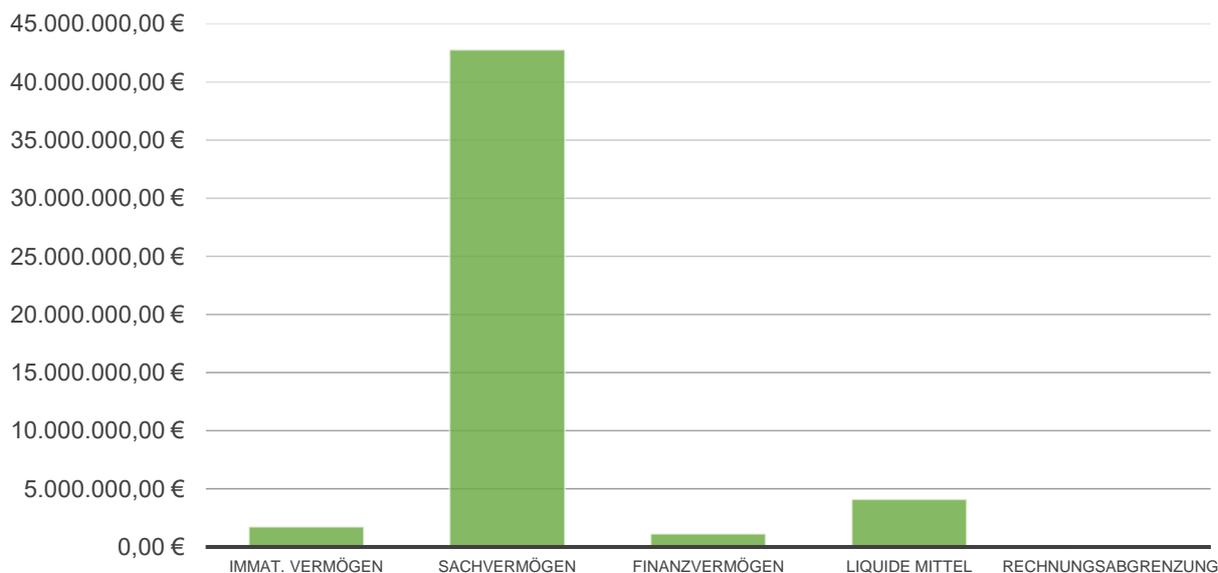


Abbildung 7: Aktiva 2014

Das Gesamtvermögen verringerte sich um 60.895,04 €.

Zu Vermögensveränderungen führten grundsätzlich die planmäßigen Abschreibungen des abnutzbaren Vermögens, aber auch die beim immateriellen Vermögen dargestellten geleisteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie die Herstellung, Käufe und Veräußerung von Sachvermögen. Die liquiden Mittel und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten stiegen. Im Gegensatz dazu sank das Finanzvermögen (dort die Ausleihungen und der enthaltene Forderungsbestand).

Die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sach- und Finanzanlagen wurden zu Anschaffungs- und Herstellungswerten bewertet. Die fortgeführten Buchwerte der immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen stimmten mit der ausgedruckten Anlagenübersicht in ihrer jeweiligen Summe überein. Der Bestand der Forderungen zum Jahresende mit der Veränderung gegenüber dem Vorjahr kann der Forderungsübersicht im Anhang (S. 62 der Jahresabschlussunterlagen) entnommen werden.

5.5.1.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen wurde in korrekter Höhe ausgewiesen und hat sich aufgrund von Zugängen i. H. v. 108.985,26 € unter Berücksichtigung von Abschreibungen i. H. v. 83.432,39 € um 25.552,87 € auf 1.749.835,79 € erhöht.

Bei den Zugängen handelte es sich um den Erwerb von Softwarelizenzen (1,5 T €), geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse (85,5 T €) und sonstiges immaterielles Vermögen (21,9 T €).

5.5.1.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen wird mit 42.764.926,68 € (Vorjahr 43.200.530,52 €) ausgewiesen. Die Erfassung und Bewertung ist nachvollziehbar erfolgt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Sachvermögen wird durch Sachkonten/Konten der Anlagenbuchhaltung korrekt nachgewiesen und ist in der Anlagenübersicht zutreffend dokumentiert.

Die Abschreibung, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der verbindlichen Abschreibungstabelle angesetzt. Soweit die Nutzung der Sachanlagen zeitlich begrenzt ist, wurde der Wert entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Es wurde die lineare Abschreibungsmethode gewählt.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Jahr ihrer Anschaffung in voller Höhe als Aufwand gebucht (§ 45 Abs. 6 GemHKVO wurde beachtet).

Den Zugängen von Sachvermögen i. H. v. 983.883,63 € standen Abgänge i. H. v. 157.873,33 € sowie Abschreibungen i. H. v. 1.286.494,03 € und Abschreibungsaufösungen i. H. v. 24.879,89 € gegenüber. Die wesentlichsten Zugänge waren Schulen (Gebäude und Aufbauten) (110 T €), Infrastrukturvermögen (145 T €) und Fahrzeuge (445 T €).

5.5.1.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen wird mit 1.123.158,66 € (Vorjahr 1.346.090,10 €) ausgewiesen.

Die Beteiligung der Gemeinde Dötlingen an der „Kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Ca. KG“ i. H. v. 447.847,95 € sowie an der „Dötlingen Stiftung“ i. H. v. 12.782,30 € wurden zutreffend bilanziert.

Zum Jahresende 2014 bestehen Ausleihungen i. H. v. 622,64 € (Vorjahr: 106.333,94 €).

Die in der Bilanz dargestellten Forderungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 120.613,11 € auf 624.638,11 €. Zu den einzelnen Forderungsarten wird auf den Prüfteil "Forderungsübersicht" (Ziffer 5.6.4 dieses Berichts) verwiesen.

Im Gesamtforderungsbestand werden die sonstigen Vermögensgegenstände i. H. v. 37.267,66 € mit berücksichtigt.

5.5.1.4 Liquide Mittel

Als flüssige Mittel sind der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten aufgeführt. Das Guthaben bei Kreditinstituten war unter Berücksichtigung der Schwebeposten durch Kontoauszüge nachgewiesen. Es betrug 4.099.423,99 € zum 31.12.2014 (Vorjahr: 3.528.265,16 €) und war damit um 571.158,83 € gestiegen.

5.5.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzung

Es wurden Rechnungsabgrenzungsposten mit einem Gesamtbetrag von 17.025,03 € in korrekter Höhe gebildet.

5.5.2 Passiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Passivseite zusammengefasst.

Passiva			
	31.12.2013	31.12.2014	Veränderung
1. Nettoposition	45.155.073,37	45.272.438,62	0,26 %
1.1 Basis-Reinvermögen	28.023.639,45	28.023.639,45	0,00 %
1.2 Rücklagen	3.656.154,66	3.674.704,48	0,51 %
1.3 Jahresergebnis	149.280,78	345.889,80	131,70 %
1.4 Sonderposten	13.325.998,48	13.228.204,89	-0,73 %
2. Schulden	-688.261,16	-986.874,28	-43,39 %
3. Rückstellungen	5.343.257,92	5.453.508,81	2,06 %
4. Passive Rechnungsabgrenzung	5.195,06	15.297,00	194,45 %
Gesamt	49.815.265,19	49.754.370,15	-0,12 %

Tabelle 8: Passiva

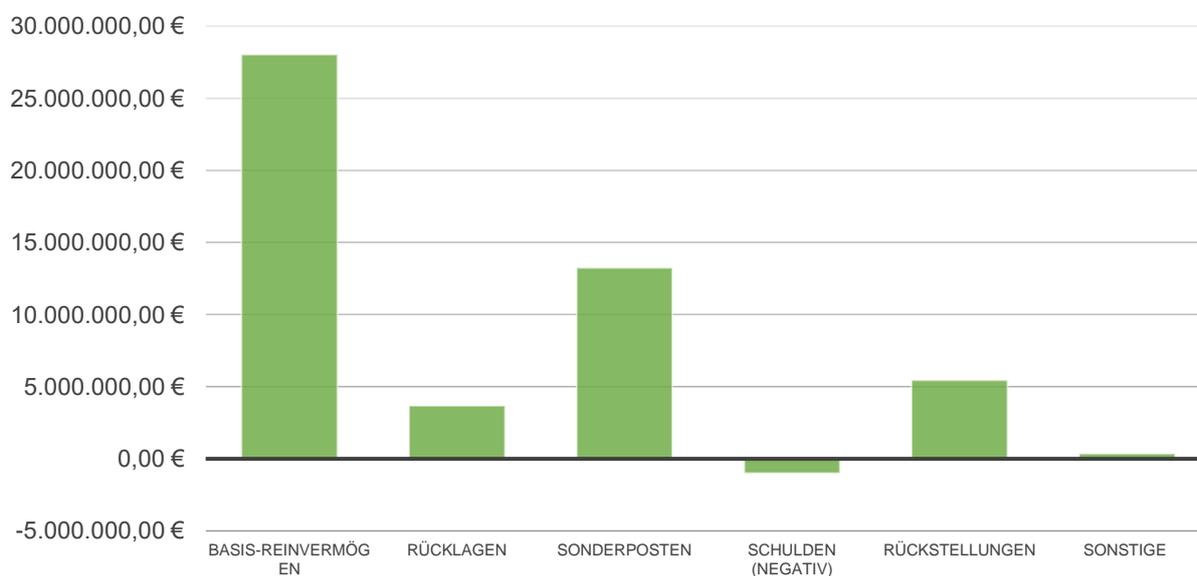


Abbildung 8: Passiva 2014

Die Position „Sonstige“ setzt sich aus folgenden Passivposten zusammen: Jahresergebnis sowie Passive Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Bilanzsumme hat sich um 60.895,04 € reduziert.

Die Bilanzpositionen der Passiva waren zutreffend nachgewiesen und ausreichend erläutert. Das Jahresergebnis wird übereinstimmend mit der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

5.5.2.1 Basis-Reinvermögen, Rücklagen, Jahresergebnis

Das Basis-Reinvermögen ist zum 31.12.2014 mit 28.023.639,45 € gegenüber dem Vorjahresabschluss in gleicher Höhe ausgewiesen.

Die Gemeinde Dötlingen verfügt über zweckgebundene Rücklagen für erhaltene Einzahlungen auf das „Ökokonto“. Auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht als Anhang zum Jahresabschluss (S. 49) wird verwiesen.

Der ordentliche Fehlbetrag 2013 i. H. v. -78.116,29 € und der außerordentliche Überschuss i. H. v. 227.397,07 € wurde zum 31.12.2014 als Ergebnisvortrag in der Bilanz ausgewiesen. Die

Überschussrücklagen weisen dementsprechend einen zum 31.12.2013 unveränderten Bestand aus. Ein Ergebnisverwendungsbeschluss wurde mit Datum vom 15.12.2022 gefasst und wird im Rahmen des Jahresabschlusses für das Jahr 2016 umgesetzt. Bis dahin verbleibt das Jahresergebnis 2013 als Ergebnisvortrag in der Bilanz.

Als Jahresergebnis zum 31.12.2014 wurde ein Betrag i. H. v. 196.609,02 € festgestellt. Die Überschüsse des ordentlichen und außerordentlichen Bereichs sind entsprechend § 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. § 123 NKomVG nach Ergebnisverwendungsbeschluss des Rats der Gemeinde den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen bzw. außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen.

5.5.2.2 Sonderposten

Bei der Gemeinde Dötlingen wurden Sonderposten im Gesamtwert von 13.228.204,89 € gebildet.

Die Beträge der empfangenen Investitionszuweisungen und -zuschüsse für konkrete Vermögensgegenstände wurden mit 7.065.552,64 € (Vorjahr: 7.074.396,00 €) als Sonderposten unter Berücksichtigung der in Anspruch genommenen Nutzungsdauer bewertet und ausgewiesen.

Die ausgewiesenen Beträge für Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte waren mit 5.414.684,74 € (Vorjahr: 5.386.553,73 €) zutreffend ermittelt.

Als erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten wurde korrekt ein Betrag i. H. v. 744.903,51 € (Vorjahr: 865.048,75 €) passiviert.

Die ausgewiesenen sonstigen Sonderposten i. H. v. 3.064,00 € (Vorjahr: 0,00 €) wurden zutreffend ermittelt.

Die Sonderposten wurden entsprechend der Nutzungsdauern der jeweiligen Vermögensgegenstände ergebniswirksam aufgelöst.

5.5.2.3 Schulden

Die Bilanzposition „Schulden“ besteht entsprechend den Vorgaben der GemHKVO aus Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Transferverbindlichkeiten sowie sonstigen Verbindlichkeiten. Unter dieser Bilanzposition wurde ein Gesamtbetrag i. H. v. -986.874,28 € ausgewiesen

Die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um 298.613,12 € gemindert. Die Reduzierung ist u. a. durch die Verringerung der Transferverbindlichkeiten sowie sonstigen Verbindlichkeiten begründet. Bei den negativen Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, die durch Verträge mit der Bau- und Land-Entwicklungsgesellschaft Bayern GmbH (BLE) entstanden sind, wird auf die Erläuterungen im Rechenschaftsbericht als Anhang zum Jahresabschluss (S. 52) verwiesen.

5.5.2.4 Rückstellungen

Es wurden zum 31.12.2014 Rückstellungen in Höhe von 5.453.508,81 € gebildet und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen.

Übersicht über die Rückstellungen	
Art der Rückstellung	Höhe
Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	2.510.650,69 €
Rückstellungen für Altersteilzeit und andere Maßnahmen	102.458,12 €
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	2.840.400,00 €
Summe	5.453.508,81 €

Tabelle 9: Rückstellungen

Die Rückstellung für Pensionslasten stellt für gewöhnlich eine der größten Belastungen aller Rückstellungen dar. Sie wurden bei der Gemeinde Dötlingen mit 2.510.650,69 € ausgewiesen.

Die Bilanzposition „Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen“ beinhaltet bei der Gemeinde sowohl die Rückstellungen für Altersteilzeit als auch für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Überstunden. Die Position wird mit 102.458,12 € ausgewiesen.

Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerverhältnissen wurden im Haushaltsjahr 2014 i. H. v. 2.840.400,00 € in korrekter Höhe eingestellt.

5.5.2.5 Passive Rechnungsabgrenzung

Es wurden Rechnungsabgrenzungsposten mit einem Gesamtbetrag von 15.297,00 € in korrekter Höhe gebildet.

5.5.3 Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

Folgende Positionen wurden unter der Bilanz gem. § 54 Abs. 5 GemHKVO ausgewiesen:

Unter der Bilanz	
Übertrag von Haushaltsermächtigungen	2.667.463,80 €
Bürgschaften	75.570,00 €
Über das Haushaltsjahr hinaus gestundete Beträge	33.773,57 €

Tabelle 10: Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre

Die Beträge waren zutreffend ermittelt.

Der Ausweis der Haushaltsausgabereste des Ergebnishaushalts i. H. v. 137.106,34 € erfolgte gem. § 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2 GemHKVO mit einem Verweis auf die Passiva-Bilanzposition „1.3.2 Jahresergebnis“ unterhalb der Bilanz und nicht als „Davon-Vermerk“ in der Bilanz beim Jahresergebnis.

5.6 Anhang

5.6.1 Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht für 2014 ist gem. § 128 Abs. 3 Nr. 1 NKomVG, § 57 Abs. 1 GemHKVO erstellt worden. Im Bericht werden, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Gemeinde Dötlingen dargestellt. Der zur Prüfung vorgelegte Rechenschaftsbericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss.

5.6.2 Anlagenübersicht

In der folgenden Tabelle ist ein Auszug aus der Anlagenübersicht gem. § 128 Abs. 3 Nr. 2 NKomVG, § 56 Abs. 1 GemHKVO aus den Jahresabschlussunterlagen dargestellt:

Anlagenübersicht		
Anlagenvermögen	Buchwerte	
	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
Spalte 1	Spalte 12	Spalte 13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.749.835,79	1.724.282,92
2. Sachanlagen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	42.764.926,68	43.200.530,52
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	498.520,55	600.838,88
Summe Anlagevermögen	45.013.283,02	45.525.652,32

Tabelle 11: Anlagenübersicht

Die Anlagenübersicht entspricht dem Muster 16 des Ausführungserlasses des MI vom 04.12.2006 (Nds. MBl. Nr. 2/2007, S. 42) und hatte zum 31.12.2014 einen Bestand von 45.013.283,02 €.

Die in der Anlagenübersicht enthaltenen Beträge für immaterielles Vermögen, Sachvermögen (ohne Vorräte) und Finanzvermögen (ohne Forderungen) stimmen mit den Bilanzwerten überein.

5.6.3 Schuldenübersicht

In der folgenden Tabelle ist ein Auszug aus der Schuldenübersicht gem. § 128 Abs. 3 Nr. 3 NKomVG, § 56 Abs. 3 GemHKVO dargestellt:

Schuldenübersicht					
Art der Schulden	Gesamtbetrag am 31.12.2014	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2013
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	-1.629.564,99	0,00	-1.629.564,99	0,00	-1.377.567,53
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	433.077,68	430.136,05	2.941,63	0,00	395.770,75
4. Transferverbindlichkeiten	32.510,85	32.510,85	0,00	0,00	50.883,34
5. Sonstige Verbindlichkeiten	177.102,18	176.472,18	630,00	0,00	242.652,28
Schulden insgesamt	-986.874,28	639.119,08	-1.625.993,36	0,00	-688.261,16

Tabelle 12: Schuldenübersicht

Die Zahlen der Schuldenübersicht stimmen mit den Werten der Bilanz überein.

5.6.4 Forderungsübersicht

In der folgenden Tabelle ist ein Auszug aus der Forderungsübersicht gem. § 128 Abs. 3 Nr. 4 NKomVG, § 56 Abs. 2 GemHKVO dargestellt:

Forderungsübersicht					
Art der Forderungen	Gesamtbetrag am 31.12.2014	davon mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2013
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	426.470,72	424.930,72	1.540,00	0,00	422.883,33
2. Forderungen aus Transferleistungen	55.851,95	55.851,95	0,00	0,00	17.325,06
3. Sonstige privatrechtliche Forderungen	142.315,44	142.256,03	59,41	0,00	305.042,83
Summe aller Forderungen	624.638,11	623.038,70	1.599,41	0,00	745.251,22

Tabelle 13: Forderungsübersicht

Es ist zu beachten, dass die Zahlen der Forderungsübersicht die Wertberichtigungen auf Forderungen berücksichtigen und daher von den Werten der Bilanz abweichen.

Unter den sonstigen privatrechtlichen Forderungen werden auch die sonstigen Vermögensgegenstände mit 37.267,66 € ausgewiesen.

Die Forderungen waren durch Saldenlisten nachgewiesen. Bei der Einzelprüfung der Saldenlisten wurde festgestellt, dass die Zuordnung einzelner Buchungen zu den verschiedenen Forderungsarten nicht vollständig korrekt vorgenommen wurde, sodass es hier Verschiebungen gibt.

Dies hat keine abschlussrelevanten Auswirkungen, sollte jedoch in Zukunft bei der Eingabe von Buchungen/Anordnungen und im Zuge der Jahresabschlussarbeiten beachtet werden.

Im Haushaltsjahr 2014 wurden Forderungen i. H. v. insgesamt 1.845,53 € abgeschrieben. Zudem erfolgten Einzelwertberichtigungen i. H. v. 1.341,12 €.

5.6.5 Übertrag von Haushaltsermächtigungen

Im NKR sind Haushaltsreste gem. § 20 GemHKVO bzw. § 120 Abs. 3 NKomVG zulässig, soweit nach § 43 GemHKVO nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Haushaltsausgaberesten des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Die gebildeten Haushaltsausgabereste lösen direkt im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt keine Buchung aus, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Das NKR in Niedersachsen sieht die folgenden (zwingenden) Formvorschriften vor:

- Alle in das Folgejahr zu übertragenden Haushaltsreste - d. h. Haushaltsreste für Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen - sind einzeln in einer Übersicht dem Anhang des Jahresabschlusses beizufügen (§ 128 Abs. 3 Nr. 6 NKomVG).
- Die Haushaltsreste für Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen, die nur in der erforderlichen Höhe übertragen werden dürfen, müssen im Rechenschaftsbericht begründet werden, wobei unwesentliche Beträge zusammengefasst werden dürfen (§ 20 Abs. 5 GemHKVO).

- Alle Haushaltsreste werden in die Haushaltsüberwachungslisten für das Folgejahr vorgetragen (§ 25 Abs. 2 und § 26 Abs. 4 GemHKVO).
- Die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Haushaltsreste für Aufwandsermächtigungen ist in der Bilanz beim Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag als Vorbelastung anzugeben (§ 54 Abs. 4 Nr. 1.3.2 GemHKVO), während die Gesamtsumme der am Ende des Haushaltsjahres gebildeten Haushaltsreste für Auszahlungsermächtigungen unter der Bilanz auszuweisen ist (§ 54 Abs. 5 GemHKVO).

Diese Formvorschriften wurden grundsätzlich von der Gemeinde Dötlingen beachtet.

5.6.5.1 Ergebnishaushalt

Haushaltsausgabereste wurden i. H. v. 137.106,34 € gebildet. Die Voraussetzungen gem. § 20 Abs. 2 GemHKVO lagen vor. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Der Ausweis erfolgte gem. § 54 Abs. 4 und 5 GemHKVO durch einen Verweis auf die Bilanzposition „1.3.2 Jahresergebnis“ unterhalb der Bilanz. Der Ausweis auf der Passivseite der Bilanz sollte erwogen werden.

Auf die Frist der Verfügbarkeit der Haushaltsreste wird hingewiesen.

5.6.5.2 Finanzhaushalt

Haushaltsausgabereste wurden i. H. v. 2.667.463,80 € gebildet. Die Voraussetzungen gem. § 20 Abs. 1 GemHKVO lagen vor. Der Ausweis erfolgte entsprechend § 54 Abs. 5 GemHKVO unterhalb der Bilanz. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Auf die Frist der Verfügbarkeit der Haushaltsreste wird hingewiesen.

6 Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

6.1 Jahresergebnis

Im Haushaltsjahr 2014 wurde im ordentlichen Bereich ein Überschuss i. H. v. 85.550,87 € erwirtschaftet. Im außerordentlichen Bereich ist ein Überschuss i. H. v. 111.058,15 € entstanden.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresergebnis i. H. v. 196.609,02 €, das um 1.107.611,02 € besser ausfällt als das im Haushaltsplan geplante Jahresergebnis i. H. v. -911.002,00 €.

6.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2014 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Gemeinde entwickelt.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsführung, der sonstigen Teile des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Kassen- und Vergabewesens hat keine Feststellungen ergeben, die zu einer Einschränkung der Erklärung unter Ziffer 6.3 dieses Berichts führen. Einwendungen gegen die Buchführung, den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht sind nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung im Rahmen des Umfangs nach Ziffer 1.1 dieses Berichts unter Berücksichtigung der unten aufgeführten Feststellungen dieses Berichts nicht zu erheben.

Als Feststellungen mit technischem Hintergrund ergeben sich, dass

- die ordnungsgemäße Funktion der eingesetzten Buchungssoftware ständig zu überwachen und sicherzustellen ist (Ziffer 2.1.2),
- aufgrund von im System hinterlegten Nachkommazahlen bei vereinzelt Zeilen im Ergebnis- und Finanzhaushalt eine Rundungsdifferenz vorliegt (Ziffer 4.1.1, 4.1.2 und 4.1.3)
- die rechtlichen Budgets mit der technischen Umsetzung abzustimmen sind (Ziffer 3.2.2)

Aus formellen Gesichtspunkten wird festgehalten, dass

- der Beschluss der Haushaltssatzung und deren Vorlage bei der Kommunalaufsichtsbehörde nicht fristgemäß erfolgt ist (Ziffer 3.1),
- der Jahresabschluss nicht fristgemäß aufgestellt worden ist (Ziffer 2.2),
- eine sich aus den §§ 28, 35, 39, 40 und 41 GemHKVO ergebende und notwendige Dienstanweisung während des geprüften Haushaltsjahres noch nicht vorlag (Ziffer 2.1.4),
- der Bürgermeister der Gemeinde Dötlingen in drei Fällen über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von nicht unerheblicher Bedeutung entschieden hat, obwohl der Rat hierfür nach § 117 NKomVG zuständig gewesen wäre (Ziffer 4.3),
- der Rat der Gemeinde Dötlingen noch über überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen unterrichtet werden muss (Ziffer 4.3).

Im Rahmen der durchgeführten Jahresabschlussprüfung werden folgende Feststellungen von untergeordneter Bedeutung für die Gesamtbeurteilung des Jahresabschlusses getroffen:

- Zwei Auftragsvergaben mit einem Gesamtauftragsvolumen in Höhe von 121.785,21 € wurden dem RPA nicht zur Prüfung vorgelegt. Eine vorschriftsmäßige Vergabe konnte nicht nachgewiesen werden (Ziffer 2.1.3).
- Die Gemeinde Dötlingen hat für zwei Teilhaushalte je ein nicht im Produktrahmen vorgesehenes sogenanntes "Steuerungsprodukt" eingerichtet (Ziffer 3.2.1 und 5.2).
- Für kommende Jahresabschlüsse ist die körperliche Bestandsaufnahme oder die permanente Inventur des Sachvermögens vorzusehen (Ziffer 5.5).
- Innerhalb der Forderungen sind Verschiebungen entstanden (Ziffer 5.6.4).

Die Vermögenswerte sind ausreichend nachgewiesen sowie richtig und vollständig erfasst. Die Bilanz, die Ergebnisrechnung und die Finanzrechnung wurden nach den Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO und den analog anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Anhang enthält die vorgeschriebenen Angaben. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 wurden im Anhang (Seite 56 und 57 der Jahresabschlussunterlagen) Kennzahlen entsprechend des Erlasses vom MI vom 08.02.2011 (Aktenzeichen 33.1-10300/3) aufgenommen.

6.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Es wird bestätigt, dass

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die einzelnen Buchungsvorgänge und Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei den Einzahlungen und Auszahlungen des Geld- und Vermögensverkehrs nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wurde und
- das Vermögen richtig nachgewiesen ist.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass

- der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage vermittelt,
- die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet worden sind.

Das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 der Gemeinde wird wie folgt zusammengefasst:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014, der Rechenschaftsbericht und die Buchführung der Gemeinde Dötlingen entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Haushaltsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage geben zu Beanstandungen keinen Anlass.

Az.: 14 40 25/1

Wildeshausen, den 05.06.2023

Frau Gramberg

Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes